

Repolitisierung und sozialpolitische Einmischung Sozialer Arbeit

Hamburg 2012, 8. Bundeskongress Soziale Arbeit

Prof. Dr. Mechthild Seithe (Unabhängiges Forum kritische Soziale Arbeit)

Liebe KollegInnen,

meine Vorredner haben ja hinreichend deutlich gemacht,

- dass Soziale Arbeit eine hochpolitische Angelegenheit ist mit ihrer Ethik, ihrem Menschenbild, ihrem Selbstverständnis als parteiliche Profession und mit ihrem Wissen um ihre historische Entstehung und ihre dauerhafte Verquickung mit den gesellschaftlichen Problemlagen, die unser kapitalistisches Gesellschaftssystem immer wieder aufwirft,
- dass es den Sozialarbeitenden wie auch der wissenschaftlichen Disziplin der Sozialen Arbeit gar nicht möglich ist, unpolitisch zu bleiben und zu handeln, egal wie sie sich verhalten,
- dass andererseits heute unser Menschenbild, unsere Ethik in hohem Maße infrage gestellt sind und damit die Profession Soziale Arbeit selber – in ihrem bestehenden Selbstverständnis – ernsthaft zur Debatte steht.
Und nicht nur sie, sondern alle Werte und Rechte, die diese Gesellschaft als bisheriger Sozialstaat immerhin bereithielt.
Mit der Rede von Senator Scheele haben wir heute übrigens ein wunderbares Beispiel erlebt, wie PolitikerInnen, die keine Ahnung von Sozialer Arbeit haben, über unsere Profession meinen einfach mal so bestimmen zu können.

Meine Frage ist aber nun:

Wie können solche Erkenntnisse in politische Praxis umschlagen, in eine politische Bewegung, in ein widerständiges Verhalten der Profession und der Disziplin?

Wie kann die Soziale Arbeit mit ihrem kritischen und politischen Selbstverständnis auch eine reale politische Kraft werden?

a. Ebenen

Ich sehe zunächst die Ebenen, auf denen sich eine Politisierung entwickeln müsste. Alle sind von zentraler Bedeutung, erforderlich und ergänzen sich.

1. Die **Disziplin, die Wissenschaft der Sozialen Arbeit, ihre Forschung und Lehre** dürfen sich als kritische Wissenschaft nicht mit der Analyse der Verhältnisse begnügen und zufrieden geben. Es wäre zum einen notwendig, zu aktuellen Vorgängen im sozialen Bereich Stellung zu beziehen und sich in die Politik direkt einzumischen. Begriffe, wie „Aktionismus“, wenn es um die Forderung an die Wissenschaft geht, sich politisch einzumischen, sind m.E. ein Zeichen dafür, dass Wissenschaft, auch die kritische, hier noch viel zu lernen hat.... Die kritische Wissenschaft muss sich des Weiteren mit der Praxis verbünden und sie konkret unterstützen. Die Praxis braucht die kritische Wissenschaft. Sie braucht ihre Argumente, Erklärungen, Theorien, gerade dann, wenn sie versucht, für ihre Position einzustehen. Aber sie braucht sie verständlich, sie braucht sie so, dass sie eine Verbindung herstellen kann zwischen der Theorie und ihren eigenen praktischen Erfahrungen und ihrem sozialarbeiterischen Tun.

2. Gleichzeitig muss natürlich in der **Praxis** selber Entscheidens passieren.

Hier auf dem Bundeskongress zeigen sich viele kritische Gesichter. Aber wir alle wissen, dass in der Praxis eine andere Stimmung herrscht.

- Es gibt einige, die die neuen neoliberalen und neokonservativen Entwicklungen durchaus sogar bejubeln. Die meisten aber sind keineswegs begeistert.
- Viele leiden an den schlechten Arbeitsbedingungen.
- Und so mancher flucht leise vor sich hin, weil er eigentlich eine ganz andere Soziale Arbeit machen wollte, als man ihm jetzt abverlangt.

Aber sie schweigen mehrheitlich.

Die meisten von ihnen sehen für sich keine Möglichkeit, sich zu wehren.

Wir dürfen uns nichts vormachen:

- Die neoliberale, neosoziale Vorstellung von Sozialer Arbeit ist längst in vielen Köpfen unserer Kollegen angekommen und verankert.
- Sozialarbeitende haben weitgehend verlernt, sich als gemeinsame Profession mit gemeinsamen Interessen und gleichen professionellen Anliegen zu verstehen. Wir teilen uns auf in unzählige Arbeitsfelder und merken kaum, wie leicht wir so gegeneinander ausgespielt werden können.
Es gibt jede Menge Fachverbände. Die übergreifenden Interessenverbände wie Berufsverband oder Gewerkschaften werden nur von wenigen in Betracht gezogen. Und auch die ziehen nicht immer an einem Strick.
- Sozialarbeitende haben – kein Wunder in dieser Gesellschaft – das solidarische Handeln verlernt oder nie gelernt. Jeder kämpft – wenn überhaupt – alleine vor sich hin.
- Und schließlich – das muss man fairer Weise dazu sagen:
Es ist sehr schwer, in der alltäglichen Praxis Widerstand zu leisten, also den ständigen Anforderungen neoliberaler Sozialarbeitsvorstellungen etwas gegenzuhalten. Da drohen Arbeitsplatzverlust, Mobbing, die ständige Erfahrung der Niederlage vor den so sehr viel stärkeren Gegnern oder „Partnern“.
Wer das nicht jeden Tag erlebt, der hat leicht sagen: „Werdet doch endlich politisch!“

Aber es gilt trotzdem: Wenn die PraktikerInnen es nicht schaffen, aus dem Jammertal, aus der Agonie, dem Rückzug, der Resignation, aus der Angst, der Angepasstheit und Gleichgültigkeit herauszukommen, geht der Plan der neoliberalen Politik auf.

Diese beide Ebenen sind für eine Politisierung der Sozialen Arbeit gleichermaßen wichtig. Aber in der Praxis ist m.E. eine Politisierung ungleich schwerer. Deshalb bedarf die Praxis in besonderem Maße der Unterstützung und Solidarität.

3. Eine dritte Ebene, auf der eine Politisierung nötig und möglich ist, ist die der **Studierenden**. Sie sind die **PraktikerInnen und WissenschaftlerInnen von morgen**.

Es ist zum einen Aufgabe der kritischen HochschullehrerInnen, die Politisierung ihrer StudentInnen durch die Thematisierung der aktuellen Problemlagen in der Gesellschaft und in der Sozialen Arbeit möglich zu machen und zu befördern. Darüber hinaus halte ich es auch für eine Aufgabe der Hochschulen, Studierenden Erfahrungen in Solidarität zu vermitteln, ihr berufliches Selbstbewusstsein zu stärken und sie auf die harten Auseinandersetzungen gut vorzubereiten, die sie in der Praxis erwarten, damit sie die Kraft und die Kompetenz haben, der Verführung einer resignierten Anpassung angesichts all der sie erwartenden Zwänge und Zumutungen zu entgehen.

Natürlich ist es auch Sache der Studierenden selber, sich für eine kritische Haltung und eine Politisierung in ihren eigenen Reihen zu einzusetzen.

b. Wege der Politisierung Sozialer Arbeit

Des Weiteren sehe ich Wege und Aufgaben einer Politisierung der Sozialen Arbeit nach außen aber auch – und nicht zuletzt – nach innen.

1. Wie wird Soziale Arbeit nach außen als politische Kraft sichtbar?

- Wir müssen die Bereitschaft und Initiative zur öffentlichen Artikulation und offensiven Einmischung entwickeln. Diese offene und offensive Einmischung und Kritik kann sehr unterschiedliche Formen annehmen, je nach dem wo man steht und über welche Ressourcen man verfügt.
 - Wir brauchen als kritische Sozialarbeitende eine eigene Öffentlichkeitsarbeit, eine offensive Darstellung unserer Arbeit, unserer Möglichkeiten und unserer Problemlagen – die sich drastisch unterscheiden muss von den Hochglanzbroschüren, die die Träger ins Land streuen und damit den Glauben verstärken, alles sei doch letztlich in Ordnung.
 - Diese Möglichkeiten der Politisierung bestehen für WissenschaftlerInnen wie auch für PraktikerInnen. Zu nutzen sind alle Medien, auch das Internet natürlich und wir sollten und dafür mehr mediale Kompetenz aneignen.

- 2. Außerdem braucht es dringend eine offene und öffentliche Diskussion über die Situation der Sozialen Arbeit und des Sozialstaates, sowie über die Lage der Menschen in unserer Gesellschaft. Soziale Arbeit darf nicht länger schweigen und dulden und staunend der fortschreitenden Demontage unseres ehemaligen Sozialstaates und der eigenen Profession zusehen.

Diese Diskussionen sollte daher von der Profession und der Disziplin gemeinsam geführt und aktiv angestoßen werden. Es reicht nicht, zu reagieren und Stellung zu beziehen.

- Dies gilt für eine Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen in der Politik. Hier sollten wir unsere Beteiligung an fachpolitischen Planungen einklagen, wir sollten fordern, als Profession zu Sozialen Themen gehört zu werden und als entscheidende Kraft über unsere eigene Profession bestimmen zu können.
- Dies gilt für die Information und Aufklärung der Öffentlichkeit.
- Das gilt aber auch für die Bereiche, wo Politik und Profession unmittelbar aufeinanderstoßen und wo entsprechend der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse die herrschende Politik im Bunde mit ihrer Verwaltung und Bürokratie die Profession konkret vereinnahmt und mit in ihr Boot holt – welches sie freilich als das Boot der Profession selber ausgibt.

Das heißt konkret, es wäre erforderlich, dass wir anfangen, Diskussionen und Auseinandersetzungen zu führen mit

- Trägern,
- Verbänden der Sozialen Arbeit ,
- mit Sozialdezernaten,
- mit Wohlfahrtsverbänden,
- mit Jugendhilfeausschüssen und
- Sozial- und Jugendämtern.

und dass wir uns aktiv für solche Gespräche einsetzen und offensiv dafür werben.

- 3. Ausdruck politischer Einmischung und politischer Präsenz der Profession und Disziplin sind hier auch alle traditionellen und neuen **Aktionsformen politischer Auseinandersetzung** und

Skandalisierung wie Demonstrationen, Streiks (kollektives Burnout), Eingaben, Mahnwachen, Kundgebungen, Protestaktionen, Flashmobs und so weiter...

Der Weg sozialpolitischer Einmischung über Öffentlichkeitsarbeit, öffentliche Diskurse und politischen Aktionen sowie das Einbringen in und Anstoßen von politischen und fachpolitischen Diskursen steht in auch den PraktikerInnen an der Basis zur Verfügung.

4. PraktikerInnen haben allerdings noch andere, nur ihnen zur Verfügung stehende Möglichkeiten politischer Einmischung. PraktikerInnen müssen und können ihren **politischen Einmischungsbeitrag unmittelbar vor Ort**, am Arbeitsplatz, in der konkreten Auseinandersetzung mit neoliberalen Vorgaben und Zumutungen leisten.
- Das „**störrische Beharren auf den fachlichen und ethischen Prinzipien unserer Profession**“, z.B. die Weigerung, unsinnige und unmögliche Aufträge anzunehmen, oder die konkrete Forderung nach den Bedingungen, die gebraucht werden, um eine Aufgabe zu lösen, oder das Bestehen auf dem Vorrang der Fachlichkeit vor Effizienzkriterien... all das sind genauso Beispiele für Widerstand, für Einmischung und für das Aufdeckung und Enttarnen von fachlich und oder ethisch inakzeptablen Vorgehensweisen wie die anderen Wege, die oben genannt wurden. Sie sind ebenfalls in hohem Maße politisch.
- Diese Form des Widerstandes und der politischen Arbeit ist nicht leicht, denn die PraktikerInnen sind in diese Zusammenhänge ganz direkt und tagtäglich einbezogen und haben auch selber möglicherweise Folgen zu tragen.
- Sie brauchen deshalb die massive Solidarität der andern Gruppen der Profession, speziell auch die der Wissenschaft, die ihr „störrisches Beharren auf Fachlichkeit und Ethik der Profession“ z.B. durch die oben genannten Fachdiskussionen mit der Politik aber z.B. auch mit den konkreten Jugendämtern begründen, bestätigen und unterstützen könnten.

Für all die hier beschriebenen Wege und Formen politischen Einmischens und politischen Widerstandes braucht es viele aktive und mutige Leute in unserer Profession.

Aber seien wir ehrlich! **Können wir auch politisch handeln? Haben wir den Mut dazu? Nehmen wir uns die Zeit?**

Ich meine, an dieser Stelle muss noch sehr viel passieren.

Deshalb müssen wir uns auch über die notwendigen inneren Politisierungsprozesse Gedanken machen und sie umsetzen.

Was muss passieren, damit aus uns selber, aus unserer Gemeinsamkeit, eine politisch bewusste, mutige, selbstbewusste, solidarische Kraft wird?

Diese erforderliche Politisierung von uns allen, kann ohne Frage von außen angeregt werden

- durch Fachtexte,
- durch Appelle,
- durch Modelle und
- Aktionen.

Sie kann unterstützt werden durch

- Organisationen und
- Vernetzungsstrukturen, durch
- Fortbildungen, durch

- veränderte Strukturen der Hochschulausbildung
- und vieles mehr.

Aber passieren muss etwas in unseren Köpfen.

Es geht bei der Politisierung deshalb also auch um ganz konkrete Lernprozesse bei uns selber, um das **Erwerben der Fähigkeit, in Alternativen zu denken und zu handeln.**

Wie sie angeregt und herausgefordert werden können bzw. wie KollegInnen im Team diese Lernschritte provozieren können oder auch wie man selber versuchen kann, diese Lernschritte bewusst zu durchlaufen, um wirklich aktiv politisch tätig werden zu können als Sozialarbeitende, das kann ich hier nicht zeigen - wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit. Ich denke, das wird vielfach Thema unseres Bundeskongresses sein.

Ich werde mich hier darauf beschränken, die Inhalte dieser Lernprozesse zu benennen.

Es handelt sich um Erkenntnis- und Erfahrungsprozesse, die psychologisch gesehen auf zwei unterschiedlichen Ebenen liegen, die aber auf einander aufbauen und sich gegenseitig bedingen.

Zunächst geht es um **eher kognitive Lernprozesse** und das, was wir **Reflexivität** nennen. Es geht um das

- Bewusstwerden der eigentlichen Möglichkeiten, der eigenständigen Aufgaben und der notwendigen Rahmenbedingungen professioneller Sozialer Arbeit
- Bewusstwerden der Tatsache, dass es sich bei der Sozialen Arbeit um eine Profession handelt, sodass Sozialarbeitende in allen Arbeitsfelder den Kernorientierungen und Merkmalen und spezifischen Methoden dieser Profession verbunden sein müssten.
- Es geht um das Erlernen und Üben eines bewussten und diskursiven Umgangs mit der eigenen Fachlichkeit – nur wenn man sie beherrscht, kann man auch politische Auseinandersetzungen führen
- Es geht um das Bewusstwerden und Begreifen der politischen Hintergründe der gegenwärtigen (Fehl-) Entwicklung, dass nämlich bestimmte Prozesse nicht Gott gegeben oder natürlich sind, sondern Ausfluss knallharter politischer Entscheidungen. Erst dieses Wissen eröffnet die Möglichkeit, die Gesellschaft und konkret auch die Soziale Arbeit anders zu denken, als so, wie sie uns heute offeriert wird.
- Und es geht schließlich um das Begreifen der schon erwähnten Tatsache, dass unsere Profession immer politisch wirkt und man sich nicht aus der Politik heraushalten kann

Aus all diesen hier genannten Erkenntnissen heraus ergibt sich beinahe zwangsläufig schon die Einsicht in die Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit der politischen Einmischung Sozialer Arbeit. Aber Erkenntnis reicht noch nicht.

Reflexivität ist eine wichtige Voraussetzung für widerständiges Handeln, aber noch keine Garantie dafür. Kappeler und W.C. Müller (2006) stellen fest, dass ein kritisches Bewusstsein auf der einen und eine affirmative Praxis in der Realität durchaus, auch innerhalb einer einzigen Person, „in Frieden miteinander leben können“.

Um wirklich politisch zu handeln zu können, bedarf es deshalb weiterer Neuorientierungen, also weiterer Lernprozesse im Sinne von Einstellungs-, Motivations und Haltungsänderungen. Und diese sind nicht durch Denken, Reflektieren und Wissen zu erwerben.

Es geht einmal um die Entwicklung einer positiven Einstellung zur Frage einer offensiven und aktiven Haltung, um Mut und die Entwicklung der Bereitschaft, sich zur Wehr zu setzen und Widerstand zu leisten.

In erster Linie ist damit der Entschluss gemeint, sich mit den „Herrschenden“ und den MitläuferInnen argumentativ auseinanderzusetzen und „anzulegen“, also offen eine andere Position zu beziehen und sie auch zu vertreten. In gewissem Sinne muss man sich als kritische, politisch denkende und

handelnde VertreterIn unserer Profession und unserer Disziplin davon verabschieden, in Ruhe und Frieden leben und arbeiten zu können. Die Verhältnisse sind nicht danach.

Wenn wir aber diesen Mut aufbringen, dann haben wir eine echte Chance, dass etwas anders läuft in der Wirklichkeit unserer Profession als bisher:

- Wenn es z.B. üblich wäre, dass BewerberInnen bei prekären Arbeitsangeboten lächelnd den Kopf schüttelten, würde man über kurz oder lang diese Zumutungen einstellen.
- Wenn es normal wäre, dass SozialarbeiterInnen bei der Übernahme von neuen Aufgaben ggf. klar und selbstbewusst zurückmelden, dass sie diese Aufgabe unter den gegebenen Rahmenbedingungen (sprich Geld und Zeit) gar nicht leisten können, dann werden sie auf Dauer andere Bedingungen erhalten...
- Wenn es die übliche Praxis wäre, dass die Träger in einer Gemeinde zusammen kommen und das Konkurrenzspielchen der öffentlichen Träger durch einvernehmliche Forderungen und Grenzziehungen durchbrechen, würde die Macht dieses sozialen Pseudomarktes immer mehr wackeln .
- Wenn ein Träger damit rechnen müsste, von kritischen Sozialarbeitsgruppen und Organisationen öffentlich zur Rechenschaft gezogen zu werden, wenn er Klienten- und/oder Mitarbeiterfeindliche Strategien verfolgt, dann wäre manches nicht mehr möglich,...

Denn dann käme schon so etwas wie eine politische Kraft unserer Profession ins Spiel.

Und schließlich, und dies wäre der zweite Punkt, wo wir alle gefragt sind, uns zu verändern und dazuzulernen:

Es geht neben dem notwendigen Mut auch um das Erlernen oder Wiedererlernen von Solidarität - nach dem Motto: Gemeinsam sind wir stark.

Mit einem gemeinsamen, solidarischen Handeln in der Praxis könnte die Profession, die hinreichende Macht entwickeln, sich gegen all die neoliberalen Zumutungen erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Gemeinsam bedeutet hier:

- gemeinsames politisches Handeln von Sozialarbeitenden in der Praxis, auch wenn sie aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern, aus unterschiedlichen Trägerschaften kommen,
- gemeinsames politisches Handeln von Wissenschaft und Praxis,
- gemeinsames politisches Handeln von Trägern untereinander,
- gemeinsames politisches Handeln von Berufsverbänden und Gewerkschaften, die Interessen der Sozialarbeitenden vertreten,
- ...

Und ich denke, es gibt durchaus auch heute ein elementares Bedürfnis nach Solidarität. Daran kann man anknüpfen. Hier wären alle Schritte in Richtung Vernetzung, Austausch, gemeinsames widerständiges Handeln und Artikulieren hilfreich. Eine verstärkte (berufs-) politische Organisation Sozialarbeitender – das ist mir besonders wichtig - wäre ein guter Weg, aber es ist nicht der einzige! Es kann auch damit anfangen, dass sich in einer Stadt Sozialarbeitende suchen und finden, die gemeinsam für eine bessere Soziale Arbeit eintreten wollen. Auch daraus kann politische Kraft entwickelt werden

In der letzten Zeit sind innerhalb unserer Profession immer wieder neue Initiativen und Gruppen entstanden, die sich zur Aufgabe gemacht haben, sich politisch einzumischen. Hier nur ein paar Beispiele die für viele stehen:

- In den letzten Monaten gab es etliche Neugründungen von Ortsgruppen bei Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS).
- Es gibt regionale Bündnisse, wie z.B. das „Bremer Bündnis“, in denen sich in einer bestimmten Stadt alle Leute zusammenschließen, die mit Sozialer Arbeit zu tun haben und die sich gegen die aktuellen Entwicklungen politisch zur Wehr setzen wollen.

- Da ist das bundesweite „Bündnis für Kinder- und Jugendhilfe – für Professionalität und Parteilichkeit“, entstanden als Gegenposition und fachpolitische Reaktion auf die derzeit hinter verschlossenen Türen von der Politik ausgehandelten Neuerungen für die Jugendhilfe unter dem Motto: „Weiterentwicklung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung“.
- Und als viertes Beispiel nenne ich noch das „Unabhängige Forum kritische Soziale Arbeit“, das in Berlin regional wirkt und z.B. am 19. 10. 2012 einen „Aktionstag Soziale Arbeit“ organisiert, sozusagen als Vollversammlung aller kritischen SozialarbeiterInnen der Stadt, und das mit seiner Internetpräsenz www.einmischen.com bundesweit Vernetzungsansätze und Einmischungsstrategien unterstützt und verfolgt.

Ob sich also etwas tut bei uns, ob es uns gelingt, doch noch politische Kraft zu entwickeln, das ist nicht nur eine Frage von guten Analysen und Appellen, das ist eine ganz konkrete Frage des gemeinsamen Handelns.

Liebe KollegInnen, ich denke, der Bundeskongress macht es möglich, dass wir hier erleben können,

- wie viele wir sind,
- wie stark wir sein könnten und
- wie viele Vernetzungen, Gruppierungen, Aktionen und politischen Foren es schon gibt innerhalb der Profession.

Geht nicht nach Hause und denkt, „ach ja, schön war’s und schön wär’s, aber in meiner beruflichen Wirklichkeit ist das alles doch ganz anders...“

Findet euch nicht ab damit und sucht euch hier und heute aber genauso dann zu Hause Bundesgenossen, die ebenfalls anfangen möchten, die Profession Soziale Arbeit wieder auf die fachlichen und ethischen Füße zu stellen.

Im Wissen darum, dass Soziale Arbeit sowieso immer politisch ist, sollten wir uns dazu entschließen, es auch zu bewusst zu sei und unser politisches Wissen mutig und in solidarischer Gemeinsamkeit in widerständige und selbstbewusste Taten umsetzen.

Schönen Dank!

Und uns allen einen wunderbaren Bundeskongress!